



Religion an Schulen

Islamischer Religionsunterricht in Deutschland

Mai 2020

MEDIENDIENST INTEGRATION
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin

Telefon: +49 30 200 764 80
mail@mediendienst-integration.de

Einleitung.....	3
1. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht durch islamische Verbände.....	7
Hessen.....	7
Niedersachsen.....	8
Berlin.....	8
2. Modellprojekte mit muslimischen Partnern.....	9
Rheinland-Pfalz.....	9
Saarland.....	10
Nordrhein-Westfalen.....	11
Baden-Württemberg.....	12
3. Islamkunde in staatlicher Verantwortung.....	13
Bayern.....	13
Schleswig-Holstein.....	14
4. Konfessionsübergreifender Religionsunterricht für alle.....	14
Hamburg.....	14
Bremen.....	15

Einleitung

In welchen Bundesländern wird islamischer Religionsunterricht angeboten? Wie viele Schüler*innen nehmen daran teil? Und wer gestaltet den Unterricht? Der MEDIENDIENST hat dazu Zahlen und Fakten in einem Informationspapier zusammengetragen.

Die Ergebnisse:

Deutschlandweit nehmen **knapp 60.000 Schüler*innen** am islamischen Religionsunterricht teil. Im Schuljahr 2015/16 besuchten gut 42.000 Schüler*innen einen islamischen Religionsunterricht, wie eine Auswertung der Kultusministerkonferenz ergab.¹

Derzeit gibt es islamischen Religionsunterricht an **über 900 Schulen**, 35 mehr als im Schuljahr 2017/18.

Alevitischen Religionsunterricht gibt es weiterhin in **acht Bundesländern**.²

Neun Bundesländer bieten eine Form von islamischem Religionsunterricht an. Dabei gibt es unterschiedliche Modelle.

1. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht durch islamische Verbände

In **Hessen**³ und **Niedersachsen** wird islamischer Religionsunterricht in Zusammenarbeit mit islamischen Verbänden erteilt.⁴

Die Lehrpläne werden dabei von den Religionsgemeinschaften und staatlichen Stellen gemeinsam entwickelt. Die religiösen Grundsätze des Unterrichts werden durch die Religionsgemeinschaften festgelegt. In beiden Ländern gibt es demnach bekenntnisorientierten Unterricht gemäß Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz.⁵

¹ [Auswertung Religionsunterricht](#) Schuljahr 2015/16

² In Hessen, Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Alevit*innen gehören zu einer eigenständigen Glaubensgemeinschaft aus der Türkei, deren Zugehörigkeit zum Islam umstritten ist. Die Verehrung von Ali, dem Schwiegersohn des Propheten Mohammed, steht im Zentrum. Manche Alevit*innen betrachten sich selbst als Muslim*innen, andere als eine nichtmuslimische Religionsgemeinschaft. Sie teilen viele islamische Überzeugungen nicht und haben eigene Rituale und Traditionen. Sie beten zum Beispiel üblicherweise nicht in Moscheen, sondern treffen sich in Cem-Häusern. Die Alevitische Gemeinde e.V. vertritt über 150 lokale Gemeinden und erhebt den Anspruch, die Interessen der etwa 500.000 Alevit*innen in Deutschland zu vertreten. Sie ist seit 2006 Mitglied der Deutschen Islam Konferenz (DIK).

³ Seit dem Schuljahr 2019/20 wird in Hessen islamischer Religionsunterricht in Kooperation mit der Ditib Hessen und der Ahmadiyya Gemeinde nur noch bis Jahrgangsstufe 6 erteilt. Ab der siebten Jahrgangsstufe greift das staatliche Angebot „Islamunterricht“.

⁴ In Hessen sind das derzeit die Ditib Hessen und die Ahmadiyya Gemeinde. Ende April [entschied](#) die hessische Landesregierung, die Kooperation mit Ditib ab dem Schuljahr 2020/21 auszusetzen. Niedersachsen arbeitet mit Ditib Nord und der Schura Niedersachsen zusammen.

⁵ [Artikel 7](#) Absatz 3 Grundgesetz nach ist Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ein ordentliches Lehrfach, das in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird. Bei der Erstellung der Lehrinhalte und bei der Auswahl der Lehrkräfte müssen die Religionsgemeinschaften eingebunden werden. Die meisten muslimischen Verbände sind bisher nicht als Religionsgemeinschaften (im Sinne von Körperschaften des öffentlichen Rechts) anerkannt. Einzige Ausnahme bisher bildet die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ). Hessen hat sie 2013 und Hamburg 2014 als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt und damit rechtlich mit den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften gleichgestellt. Die Länder können aber auch Verbänden, die nicht als Religionsgemeinschaften anerkannt sind, das Recht einräumen, an öffentlichen Schulen einen Religionsunterricht anzubieten.

In **Berlin** wird islamischer Religionsunterricht in alleiniger Verantwortung eines islamischen Landesverbands⁶ als freiwilliger Zusatzunterricht erteilt.

2. Modellprojekte mit muslimischen Partnern

Rheinland-Pfalz und das **Saarland** erproben islamischen Religionsunterricht in Modellprojekten. In **Nordrhein-Westfalen** und **Baden-Württemberg** gibt es befristete Übergangsmodelle. Muslimische Verbände oder lokale Moscheegemeinden werden dabei auf unterschiedliche Weise einbezogen.

Das Saarland hat sein Modellprojekt 2019 um vier Jahre verlängert und möchte es schrittweise auf mehr Grundschulen ausweiten. Baden-Württemberg hat ein Stiftungsmodell ins Leben gerufen, das zunächst bis 2025 befristet ist. Nordrhein-Westfalen will den bisherigen Beirat durch eine Kommission muslimischer Verbände ersetzen. Das Übergangsmodell ist ebenfalls bis 2025 befristet.

3. Islamkunde in staatlicher Verantwortung

In **Bayern** und **Schleswig-Holstein** gibt es einen „islamkundlichen“ Unterricht in staatlicher Verantwortung. Die Religionsgemeinschaften sind daran nicht beteiligt. In Bayern wurde das Modellprojekt um zwei Jahre verlängert. Der Freistaat strebt an, das staatlich verantwortete Fach langfristig in ein Wahlpflichtfach umzuwandeln.

In **Hessen** wird ab dem Schuljahr 2019/20 das Fach „Islamunterricht“ in staatlicher Verantwortung ab der siebten Klasse als Modellprojekt angeboten. Die hessische Landesregierung will den Islamunterricht im kommenden Schuljahr ausweiten.

4. Konfessionsübergreifender Religionsunterricht für alle

In **Hamburg** und **Bremen** gibt es einen konfessionsübergreifenden Religionsunterricht, an dem Schüler*innen aller Glaubensrichtungen teilnehmen.

Als erstes Bundesland will Hamburg den Religionsunterricht für alle künftig interreligiös – mit gleichberechtigter Beteiligung verschiedener Religionsgemeinschaften – ausrichten.

5. Kein islamischer Religionsunterricht

In den **fünf östlichen Bundesländern** gibt es kein Angebot für muslimische Schüler*innen.

⁶ Die „Islamische Föderation in Berlin“

Islamischer Religionsunterricht in Deutschland 2019/20



Grafik: © MEDIENDIENST INTEGRATION 2020 • Quelle: Anfragen bei den Kultusministerien der Länder • Erstellt mit Datawrapper

Bundesländer	Schüler*innen im islamischen Religionsunterricht 2017/18	Schüler*innen im islamischen Religionsunterricht 2018/19	Schüler*innen im islamischen Religionsunterricht 2019/20
Baden-Württemberg	6.092 ⁷	6.054	5.905
Bayern	14.000	14.000	17.000
Berlin	5.401	5.295	5.637
Hessen	3.349	2.698	3.135
Niedersachsen	3.075	4.000	4.000
Nordrhein-Westfalen	19.400	20.260	20.260 ⁸
Rheinland-Pfalz	1.790	1.952	2.133
Saarland	160	200	200
Schleswig-Holstein	1.407	1.369	1.369
Total	54.674	55.828	59.639

Bundesländer	Schulen mit islamischem Religionsunterricht 2017/18	Schulen mit islamischem Religionsunterricht 2018/19	Schulen mit islamischem Religionsunterricht 2019/20
Baden-Württemberg	93	86	86
Bayern	350	350	359
Berlin	33	34	38
Hessen	69	68	68
Niedersachsen	62	62	59
Nordrhein-Westfalen	234	265	265
Rheinland-Pfalz	19	21	25
Saarland	4	4	4
Schleswig-Holstein	18	13	13
Total	882	903	917

⁷ Die Bundesländer geben zum Teil gerundete Teilnehmezahlen an.

⁸ Für NRW und Schleswig-Holstein liegen für das Schuljahr 2019/20 noch keine Zahlen vor. Die angegebenen Zahlen beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

1. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht durch islamische Verbände

Hessen

Hessen hat zum Schuljahr 2013/14 einen islamischen Religionsunterricht eingeführt. Er wird derzeit an **68 Schulen** angeboten – an 56 Grundschulen und an 12 weiterführenden Schulen. Am bekenntnisorientierten Religionsunterricht nehmen **2.978 Schüler*innen** teil. Davon besuchen 2.784 Jugendliche den Religionsunterricht in Kooperation mit dem Islamverband Ditib⁹ und 194 den des Kooperationspartners Ahmadiyya-Gemeinde.

Seit dem Schuljahr 2019/20 wird der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht in Hessen nur bis Jahrgangsstufe 6 erteilt. Schüler*innen ab der siebten Klasse können das staatlich verantwortete Fach „Islamunterricht“ besuchen, das als Modellprojekt erprobt wird. Derzeit nehmen daran **157 Jugendliche** teil.

Kooperation: Hessen arbeitet mit dem hessischen Ditib-Landesverband und der Ahmadiyya Muslim Jamaat zusammen. Die Ahmadiyya-Gemeinde ist in Hessen als Religionsgemeinschaft anerkannt. 2017 hat das Land Hessen mehrere Gutachten in Auftrag gegeben zur Frage, ob Ditib Hessen als Verband und bei dem von ihm verantworteten Islamunterricht vom türkischen Staat beeinflusst wird. Ende April 2020 hat das Kultusministerium entschieden, die Zusammenarbeit mit der Ditib bis auf Weiteres auszusetzen. Ab dem Schuljahr 2020/21 soll stattdessen der staatlich organisierte „Islamunterricht“ auf alle Schulen ausgeweitet werden, an denen derzeit Ditib Hessen den Religionsunterricht erteilt.¹⁰

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	islamisch	Ethik	jüdisch	alevitisch
Schüler*innen (2017/18)	315.269	148.464	3.349	175.618	511	53
Schüler*innen (2018/19)	298.418	135.794	2.698	186.131	69	25
Schüler*innen (2019/20)	291.040	128.201	3.135	205.412	217	13

⁹ Abkürzung für „Diyamet İşleri Türk İslam Birliği“, Deutsch: „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“

¹⁰ [Pressemitteilung](#) Hessisches Kultusministerium 2020

Religions- oder anderer Unterricht	mennonitisch	Humanistische Gemeinschaft Hessen (freireligiös)	syrisch-orthodox	orthodox	unitarisch
Schüler*innen (2017/18)	629	k.A.	451	k.A.	k.A.
Schüler*innen (2018/19)	523	101	427	217	76
Schüler*innen (2019/20)	519	114	381	168	79

Niedersachsen

Auch Niedersachsen hat zum Schuljahr 2013/14 einen islamischen Religionsunterricht eingeführt. Er wird derzeit an **59 Schulen** angeboten und von rund **4.000 Schüler*innen** besucht. Im Jahr 2017/18 waren es 62 Schulen und rund 3.100 Teilnehmer*innen.

Kooperation: Als Partnerorganisationen des Landes fungieren die „Schura Niedersachsen - Landesverband der Muslime in Niedersachsen e.V.“ und der „Ditib-Landesverband Niedersachsen und Bremen e.V.“. Sie bilden einen Beirat, der die staatlichen Behörden beim islamischen Religionsunterricht unterstützt.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	„Werte und Normen“	„kooperativ-konfessionell“ (ev. und kath.)	islamisch
Schüler*innen (2017/18)	331.011	63.629	157.567	185.878	3.075
Schüler*innen (2018/19)	316.130	58.880	160.447	197.091	4.000
Schüler*innen (2019/20)	296.317	56.228	161.900	203.854	4.000

Berlin

Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht ist in Berlin ein freiwilliges Fach. Er wird von den jeweiligen Religionsgemeinschaften an allen öffentlichen Schulen angeboten, in denen das Interesse der Eltern und Schüler*innen besteht. An weiterführenden Schulen ist Ethik ab der 7. Klasse ein Pflichtfach.

Die „Islamische Föderation Berlin“ (IFB) hat sich 2001 das Recht erstritten, an Berliner Schulen islamischen Religionsunterricht zu erteilen. Die IFB vertritt mehrere Moscheegemeinden und gilt als Berliner Landesverband der "Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs" (IGMG), die im Islamrat vertreten ist.

Der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht wird derzeit an **38 Berliner Grundschulen** angeboten, fünf mehr als 2017/18. Im aktuellen Schuljahr nehmen daran rund **5.637 Kinder** teil.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	„Humanistische Lebenskunde“	jüdisch	islamisch
Schüler*innen (2017/18)	77.635	24.178	63.493	1.067	5.401
Schüler*innen (2018/19)	77.272	23.894	65.182	1.015	5.295
Schüler*innen (2019/20)	76.978	23.190	66.244	1.014	5.637

Religions- oder anderer Unterricht	alevitisch	buddhistisch	„Christengemeinschaft“	Sonstiger Religions- und Weltanschauungsunterricht
Schüler*innen (2017/18)	181	15	317	4.781
Schüler*innen (2018/19)	181	15	276	4.734
Schüler*innen (2019/20)	138	15	309	3.388

2. Modellprojekte mit muslimischen Partnern

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz findet der islamische Religionsunterricht im Rahmen eines Modellversuchs statt, der gemeinsam mit lokalen Verbänden schrittweise ausgeweitet wird. Im Schuljahr 2019/20 wird er an **18 Grundschulen** sowie an **sieben weiterführenden Schulen** angeboten. **2.133 Schüler*innen** nehmen am Unterricht teil, im vorigen Jahr waren es 1.952 Kinder und Jugendliche.

Kooperation: Rheinland-Pfalz kooperiert mit lokalen Verbänden wie dem Christlich-Islamischen Gesprächskreis Ludwigshafen (CiG), der Islamischen Frauenbildungsstätte Ludwigshafen (IGRA), dem Arbeitskreis Mainzer Muslime (AKMM) und dem Elternverein Worms und Umgebung.¹¹ Mit ihnen stimmt das Land unter anderem die Lehrpläne sowie die Auswahl der Lehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht ab.

¹¹ Islamischer Religionsunterricht Rheinland-Pfalz - [Beratung und Ansprechpartner](#)

Anfang April 2020 hat Rheinland-Pfalz zudem Vereinbarungen mit vier islamischen Verbänden¹² unterzeichnet¹³. Darin verpflichten sich die Verbände, selbstständig und frei vom politischen Einfluss Dritter zu handeln. Das ist Voraussetzung, um die seit Sommer 2016 ausgesetzten Verhandlungen mit der Landesregierung über einen Grundlagenvertrag wieder aufzunehmen. In ihm soll langfristig geregelt werden, wie das Land mit Muslim*innen zusammenarbeitet, zum Beispiel beim islamischen Religionsunterricht.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	Ethik	islamisch	Anderer Religionsunterricht	Kein Religionsunterricht
Schüler*innen (2017/18)	137.032	166.844	96.846	1.790	3.755	5.098
Schüler*innen (2018/19)	133.737	162.878	101.320	1.952	3.825	4.512
Schüler*innen (2019/20)	130.948	159.093	106.956	2.133	3.933	4.020

Saarland

Im Saarland wird islamischer Religionsunterricht seit dem Schuljahr 2015/16 im Rahmen eines Modellversuchs an **vier Grundschulen** angeboten. Wie schon 2018/19 nehmen im laufenden Schuljahr daran rund **200 Kinder** teil. Der Modellversuch wurde 2019 um vier Jahre verlängert. Künftig möchte die Landesregierung mehr Grundschulen einbeziehen.

Eine **Kooperation** gibt es mit sechs islamischen Verbänden und Vereinen. Dazu gehören der Ditib Landesverband, die Islamische Gemeinde Saar (IGS), der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ), die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), das Bosnische Kulturzentrum Saarbrücken und die Bosnische Moscheegemeinde Saarbrücken.

¹² Der Landesverband Ditib Rheinland-Pfalz e.V., die Schura Rheinland-Pfalz, der Landesverband der Islamischen Kulturzentren Rheinland-Pfalz e.V. (LVIKZ) und die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ)

¹³ [Pressemitteilung](#) Kultusministerium Rheinland-Pfalz 2020

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	islamisch	alevitisch	jüdisch	Ethik
Schüler*innen (2017/18)	23.784	61.959	160	13	17	15.673
Schüler*innen (2018/19)	23.700	59.500	200	50	16	16.700
Schüler*innen (2019/20)	24.500	60.000	200	50	20	17.700

Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen nehmen bundesweit die meisten Schüler*innen am bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht teil. 2018/19 wurde er an **265 Schulen** angeboten – an 132 Grundschulen und 133 weiterführenden Schulen. Unter den weiterführenden Schulen befinden sich erstmals auch 13 Berufskollegs. Rund **20.260 Schüler*innen** nahmen im Schuljahr 2018/19 daran teil. Für das aktuelle Schuljahr liegen noch keine Zahlen vor. Das Schulministerium geht davon aus, dass in diesem Schuljahr mehr Schulen islamischen Religionsunterricht anbieten als in den Vorjahren. Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland, in dem die meisten Muslim*innen in Deutschland zu Hause sind.¹⁴

Kooperation: Der 2012 eingeführte Modellversuch unterscheidet sich von einem bekenntnisorientierten Religionsunterricht im Sinne des Grundgesetzes dadurch, dass ein Beirat seine Lehrinhalte bestimmt und das Lehrpersonal auswählt. Dieser Beirat besteht zur Hälfte aus Vertreter*innen, die das Schulministerium in NRW ernennt, und zur Hälfte aus Entsandten der islamischen Verbände, die sich im Koordinierungsrat der Muslime (KRM) zusammengeschlossen haben.¹⁵

2019 beschloss die nordrhein-westfälische Regierung eine weitere Übergangslösung für den islamischen Religionsunterricht bis 2025. Der bisherige Beirat soll durch eine Kommission ersetzt werden, die nur aus Vertreter*innen islamischer Verbände besteht. Welche Verbände eingebunden werden, hat das Schulministerium noch nicht bekanntgegeben (Stand: März 2020).

Der Koordinierungsrat der Muslime sieht das geplante Kommissionsmodell kritisch. Das Land bestimme, wer zur Kommission gehört, und nehme damit indirekt Einfluss auf die Inhalte des Unterrichts. Zudem erhielten Verbände mit wenigen Mitgliedern das gleiche Stimmrecht wie die islamischen Religionsgemeinschaften, die viele Muslime vertreten.¹⁶

¹⁴ [Muslimisches Leben in Deutschland](#) 2009, Seite 107

¹⁵ Das sind der Islamrat, der Zentralrat der Muslime (ZMD) und der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ). Die Mitgliedschaft von Ditib ruht seit Beginn 2017.

¹⁶ [Stellungnahme KRM](#) 2019

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	islamisch	syrisch-orthodox	orthodox
Schüler*innen (2017/18)	666.576	871.696	19.400	1.533	571
Schüler*innen (2018/19)	654.378	854.765	20.260	1.517	388

Religions- oder anderer Unterricht	jüdisch	mennonitisch	alevitisch	„Praktische Philosophie“	Philosophie
Schüler*innen (2017/18)	488	360	58	219.926	103.592
Schüler*innen (2018/19)	579	k.A.	112	233.445	103.792

Baden-Württemberg

Der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht wird in Baden-Württemberg an **86 Schulen** angeboten, sieben weniger als 2017/18. Im aktuellen Schuljahr 2019/20 nehmen **5.905 Schüler*innen** daran teil. Vergleichszahlen für andere Religionen liegen für das aktuelle Schuljahr nicht vor.

Kooperation: Zum Schuljahr 2019/20 hat die „Stiftung Sunnitischer Schulrat“¹⁷ die Organisation des „Islamischen Religionsunterrichts sunnitischer Prägung“ übernommen. In der Stiftung sind der Landesverband der Islamischen Kulturzentren Baden-Württemberg (LVIKZ) und die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland (IGBD) eingebunden. Ditib und die Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg (IGBW) lehnen eine Mitarbeit bisher ab. Das Stiftungsmodell ist zunächst bis 2025 befristet.

Die Stiftung, zu dem ein Vorstand und eine Schiedskommission unter dem Dach des Landes gehören, ist umstritten.¹⁸ Kritiker*innen sehen die religiöse Neutralität des Staates verletzt, da das Land durch die Mitglieder im Stiftungsvorstand die Rolle einer Religionsgemeinschaft einnehme. Andere kritisieren, dass nur Islamverbände und keine Einzelpersonen zur Mitarbeit in der Stiftung eingeladen werden, obwohl nur eine Minderheit der Muslime in Verbänden organisiert ist.¹⁹

Zum Vergleich:

¹⁷ <http://www.sunnitischer-schulrat.de/>

¹⁸ Deutschlandfunk 2019: „Stiftung soll Träger des islamischen Religionsunterrichts werden“; SWR 2019: „Stiftung soll islamischen Religionsunterricht verantworten“

¹⁹ [Muslimisches Leben in Deutschland](#) 2009, Seite 179

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	Ethik	islamisch
Schüler*innen (2017/18)	481.045	438.302	421.570	6.092
Schüler*innen (2018/19)	k.A.	k.A.	104.185	6.054

Religions- oder anderer Unterricht	syrisch-orthodox	alevitisch	jüdisch	alkatholisch
Schüler*innen (2017/18)	735	324	253	137
Schüler*innen (2018/19)	665	272	296	k.A.

3. Islamkunde in staatlicher Verantwortung

Bayern

Bayern hat 2009 einen Modellversuch für einen Islamunterricht in staatlicher Verantwortung gestartet. Muslimische Religionsgemeinschaften sind daran nicht beteiligt. Der Islamunterricht wird derzeit an rund **359 Schulen** angeboten. Rund **17.000 Schüler*innen** nehmen daran teil. Im Schuljahr 2017/18 waren es rund 14.000. Für das aktuelle Schuljahr liegen keine Vergleichszahlen zu anderen Religionsgemeinschaften vor.

Anfang 2018 sprach sich der damalige Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) für einen weiteren Ausbau des Unterrichts aus. Sein Nachfolger Bernd Sibler (CSU) kündigte im April 2018 jedoch an, den Unterricht nicht ausweiten, sondern erst eine wissenschaftliche Evaluation abwarten zu wollen. Im März 2019 verlängerte der Ministerrat den Modellversuch schließlich um weitere zwei Jahre, um die anschließende Überleitung in ein Wahlpflichtfach vorzubereiten. Die Evaluationsergebnisse sind positiv, erklärte das bayerische Kultusministerium gegenüber dem Mediendienst Integration.

Zum Vergleich (alle Zahlen gerundet):

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	islamisch	ortho-dox	Jüdisch/ israeli-tisch	Anderer Religions-unterricht (u.a. alevitisch)	Ethik
Schüler*innen (2017/18)	307.000	672.000	14.000	1.800	300	k.A.	255.000

Schüler*innen (2018/19)	290.000	640.000	14.000	1.100	300	5.000	290.000
------------------------------------	---------	---------	--------	-------	-----	-------	---------

Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein wird seit rund zehn Jahren ein „islamkundlicher“ Unterricht in der Verantwortung des Landes an ausgewählten Grundschulen angeboten. Islamische Religionsgemeinschaften sind daran nicht beteiligt. Die Teilnahme am Islamunterricht ist freiwillig und steht allen Schüler*innen offen.

2018/19 wurde dieser Unterricht an **13 Grundschulen** angeboten, **1.369 Kinder** nahmen daran teil. Für das Schuljahr 2019/20 liegen noch keine Zahlen vor. Das Kultusministerium geht davon aus, dass ähnlich viele Schüler*innen am Islamunterricht teilnehmen, wie im Vorjahr.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht	evangelisch	katholisch	islamisch	Philosophie
Schüler*innen (2017/18)	171.459	4.651	1.407	k.A.
Schüler*innen (2018/19)	150.147	4.191	1.369	47.718

4. Konfessionsübergreifender Religionsunterricht für alle

Hamburg

In Hamburg gibt es einen „Religionsunterricht für alle“, der konfessionsübergreifend erteilt wird. Er wird an allen Hamburger Schulen als ordentliches Lehrfach angeboten. Erziehungsberechtigte können ihr Kind von der Teilnahme abmelden, was laut der „Behörde für Schule und Berufsbildung“ der Stadt Hamburg jedoch nur sehr selten erfolgt.²⁰ Ab der siebten Klasse wird an allen Schulen alternativ zum Religionsunterricht das Fach Philosophie als Wahlpflichtfach angeboten.

Bislang wird der Religionsunterricht von der evangelischen Nordkirche verantwortet. Zukünftig soll er gleichberechtigt auch von islamischen Religionsgemeinschaften²¹, von der Alevitischen Gemeinde und von der Jüdischen Gemeinde organisiert werden. Die katholische Kirche prüft noch, ob sie mitmachen wird. Hamburg ist damit das erste Bundesland, das einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht gemäß Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz in interreligiöser Trägerschaft einführt. Das Modell wird derzeit an einigen Pilotschulen erprobt. Flächendeckend kann es laut Hamburger Schulbehörde zum Schuljahr 2020/21 oder 2021/22 eingeführt werden.

²⁰ <https://li.hamburg.de/religion/material/4419346/art-einleitung/>

²¹ Ditib-Nord, Schura-Hamburg, Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ)

Bremen

In Bremen steht das Fach Religion allen Schüler*innen gleich welcher Konfession offen. Der Unterricht wird in staatlicher Verantwortung angeboten. Auch hier können Erziehungsberechtigte ihr Kind von der Teilnahme am Religionsunterricht abmelden.

An weiterführenden Schulen können die Schüler*innen zwischen den Fächern Religion und Philosophie wählen. Im laufenden Schuljahr nahmen 2.112 Schüler*innen der gymnasialen Oberstufe am Philosophieunterricht teil, im Jahr zuvor waren es 2.109. Die Zahl der teilnehmenden Schüler*innen der Mittelstufe an den öffentlichen Schulen im Schuljahr 2018/19 wird auf rund 4.500 geschätzt.